

Bezugspreis:
Belegblatt 20.- M. monatlich 12.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.- M. einjährig
120.- M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Wormsgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 2.- M. für
das übrige Ausland 2.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Gold und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Gemut“ und der
Beilage „Erdung und Kriegergarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

NO Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worisplatz 15195-97
Expedition Worisplatz 11753-54

Freitag, den 7. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenta-
belteilung Worisplatz 11753-54

Anzeigenpreis:

Die monatliche Normpreissetze
betragen 6.- M. „Kleine Anzeigen“
das letzte Wort 2.- M. (zu-
ätzlich zwei letzte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
0,50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 220 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
str. 3, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Das Wiederaufbauverfahren.

Paris, 7. Oktober. (E.E.) Dem „Zeit Journal“ zufolge wird
der französische Organismus, der die Aufträge der französischen
Geschädigten zu vergeben hat, in aller Eile errichtet werden, damit
er am 1. Dezember in Wirksamkeit treten kann. Von diesem
Augenblick an werden sich die Geschädigten an das französische Ein-
kaufsbureau wenden können, welches bereits im zerstörten Gebiet
besteht, oder an die einzelnen Bureaus, die in den verschiedenen
Departements und den wichtigsten Städten eröffnet werden sollen.
Die Verwaltungsräte dieser Bureaus werden ausschließlich
Geschädigte sein. Jene, welche Gewinne von diesen Bureaus
nicht erzielt werden, wenn in einem Departement ein solches Bu-
reau nicht genügt, werden in jeder Unterpräfektur Fi-
scales errichtet werden. Jedem dieser Bureaus wird in der
gleichen Stadt ein deutsches Wiederaufbaubureau
zur Seite stehen. Wenn also ein Industrieller eine be-
stimmte Menge von Material braucht, richtet er seinen Auftrag
an das Bureau in Lille, das ihn dem deutschen Bureau übermittelt.
Das deutsche Bureau übermittelt diesen Auftrag dem deutschen Zen-
tralbureau in Berlin, das die Lieferung, den Einkauf und den
Transport übernimmt und dem französischen Bureau eine Note
sendet, in der die Preise der gelieferteten Waren verzeichnet sind.
Das französische Bureau stellt nun fest, ob die dem Geschädigten
zuerkannten Entschädigungssummen zur Deckung des Preises für
die deutschen Lieferungen ausreichen und ob er infolgedessen nichts
mehr in der zu zahlen hat. Was Deutschland tatsächlich den ein-
zelnen Geschädigten geliefert hat, wird auf sein Kreditkonto
gebucht. Rathenau hat nun seinerseits den deutschen Lieferanten
den Preis für das Gelerferte zu zahlen, und zwar in Papier-
mark, wodurch der Einkauf auswärtiger Devisen vermieden wird.

Lloyd George und das Währungsproblem.

London, 7. Oktober. (W.B.) Ueber den Churchill-Plan und die
Stellungnahme der Minister gegenüber der Frage der Wechselkurse
schreibt der politische Mitarbeiter der „Daily Mail“, man hoffe, daß
Churchill rechtzeitig zurück sein werde, um an der heutigen Kabinets-
sitzung teilzunehmen. Churchill werde wahrscheinlich auf die finan-
zielle Unterstützung rückständiger Kolonien bringen,
vorausgesetzt, daß ihre Einkäufe in England stattfinden. Im
Kabinett bestehe eine deutliche Meinungsverschieden-
heit bezüglich einer Möglichkeit der Stabilisierung der Wechsel-
kurse. Eine einflussreiche Gruppe von Ministern sei der Ansicht, daß
im Hinblick darauf, daß alle Bemühungen der Regierung, die
Wechselkurse zu stabilisieren, während der letzten zwei Jahre fehl-
geschlagen seien, und im Hinblick darauf, daß sich die Inter-
nationale Konferenz in Spa über diese Frage so gut wie
wertlos erwiesen habe, eine weitere derartige Konferenz unzweck-
mäßig sei, und daß auch alle künftigen austauschenden Methoden zur
Herbeiführung einer Stabilität der Wechselkurse aussichtslos
sein werden.

London, 7. Oktober. (W.B.) Nach einer „Exchange“-Nachricht
aus Washington hat der amerikanische Schatzsekretär Mellon sich
gegen eine Bezahlung der Schulden der Alliierten an die Ber-
einigten Staaten mittels deutscher oder österreichischer Obligationen
erklärt.

Die englischen Vertreter für Washington.

London, 7. Oktober. (W.B.) Eine „Times“-Nachricht zufolge
teile Lord Curzon dem britischen Botschafter in Washington mit,
daß Lloyd George infolge immer dringender werdender innerer
Fragen nicht in der Lage sei, England zu verlassen. Groß-
britannien solle bis zu sechs Vertretern nach Washington
entsenden und werde den Vereinigten Staaten ihre Namen (sobald
wie möglich) mitteilen. Es müsse sich jedoch zuerst mit den Do-
minions und Indien ins Benehmen setzen. Lloyd George
teile dem britischen Botschafter in Washington mit, es sei auf der
letzten britischen Reichskonferenz vereinbart worden, daß die britische
Regierung das ganze Reich in Washington vertreten solle. Die
britische Regierung würde jedoch dem Standpunkt der Dominions
Geitung verschaffen.

Englands Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

London, 7. Oktober. (W.B.) In der gestern nachmittags abge-
haltenen Kabinetsitzung brachte Lloyd George im Kabinettsauschuß
seine Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
ein. Sie sehen eine Ausgabe von etwa 15 Millionen Pfund
Sterling für unmittelbare Unterstützungen vor. Die Kabinets-
sitzung sahfe keinerlei endgültige Beschlüsse bezüglich der Gesamtvor-
schläge, die dem Unterhaus unterbreitet werden sollen. Heute morgen
findet eine weitere Kabinetsitzung statt, um einen vorläufigen Ent-
wurf der Maßnahmen anzunehmen. Laut „Daily Mail“ trat in
dem gestrigen Kabinettsrat erneut zutage, daß ein Mittel-
mittel gegen die Arbeitslosigkeit nicht entdeckt worden ist
und auch aus den augenblicklichen Verhältnissen nicht hervorgehen
kann.

Alarmnachrichten über Oberschlesien.

Eine Berliner Korrespondenz meldet, dem Völkerbundrat
sei seitens der Sachverständigen ein Gutachten überreicht wor-
den, in dem die Zuteilung des Industriegebiets Katowitz-
Beuthen-Königshütte und der Kreise Pleß, Rybnik und
Tarnowik an Polen befürwortet wird. Wirtschaftlich
solle das Gebiet unter Einbeziehung von Teschen autonom sein
und mit Deutschland Geldwährung, Verkehrs- und Zollfreiheit
behalten. Technische Nachrichten sind in der polnischen und
deutschen Presse Oberschlesiens zu finden. Ein, wie es scheint,
offiziöser Bericht des „Daily Telegraph“ betont zwar, daß die
englische Regierung über die Entscheidungen der
Biererkommission noch nicht orientiert sei, läßt aber gleichfalls
durchblicken, daß man erwarte, die Kommission werde die
Sforza-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen
empfehlen und das wirtschaftliche Problem des an Polen
fallenden Gebietes gesondert behandeln.

Wir glauben nicht, daß ein derartiges Kompromiß, wenn
es wirklich in Aussicht genommen sein sollte, lebensfähig sein
würde. Es ist ein Urding, das oberschlesische Industriedreieck
zu teilen, obwohl man ausdrücklich anerkennt, daß es eine wirt-
schaftliche Einheit darstellt und daß es von dem deutschen Wirt-
schaftskörper nicht getrennt werden kann. Diese doppelstaatliche
Verwaltung nach wirtschaftlichen und politischen Gesicht-
punkten mühe zu dauernden und schwersten Reibungen zwi-
schen Deutschland und Polen führen, die einem ständigen
Kriegszustand gleichkommen. Unseres Erachtens ist das
Problem noch nicht spruchreif. Man sollte sich durch derartige
Gerüchte nicht kopfscheu machen lassen und abwarten, wie sich
die Dinge entwickeln, wenn sie vor die entscheidenden Instanzen
gebracht werden.

Frauen!

Nur die Sozialdemokratie tritt für Euer
gleiches Recht ein. Wählt am 16. Oktober
die Listen der SPD.

Wirths politische Pläne.

Karlsruhe, 7. Oktober. (H.) Der „Badische Staatsanzeiger“
berichtet über eine Unterredung mit dem Reichsminister Dr. Wirth.
Es wird darin u. a. mitgeteilt, daß der Kanzler auf der für nächsten
Dienstag anberaumten Konferenz zur Beratung über die demnächst
fällige Reparations Schuld gegenüber der Forderung der Industrie,
daß ihre Kreditoperation mit dem Ausland als eine Vorleistung
auf die kommende Steuer angerechnet wird und gegenüber der
sozialdemokratischen Forderung einer Beteiligung des
Reiches an der Industrie mit einem Vorschlag hervortreten wird,
der den Bedenken und Wünschen beider Seiten gerecht wird.
Die Erledigung dieser weitreichenden finanz- und wirtschaftspoliti-
schen Frage sei für ihn Vorbedingung für die Erledigung der
Frage der Koalitionserweiterung. Seiner Ueberzeugung nach wäre
es verfehlt, mehrere Parteien in einem Kabinett zusammenzubringen,
bevor man wisse, welches die Stellung der einzelnen Parteien zu
der im Augenblick wichtigsten Frage sei.

Das Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur wurde
vom Reichskanzler begrüßt. Davon, daß England die Wies-
badener Verhandlungen nicht gern sähe, könne keine Rede sein.
Im übrigen wäre Deutschland jederzeit zu einem ähnlichen Ab-
kommen mit England bereit, falls ein solches von dort gewünscht
werde. Der Reichskanzler sei willens, nach allen Seiten eine Ent-
spannung in den außenpolitischen Beziehungen herbeizuführen,
persönlich zu wirken und Deutschland in der Welt jenes Vertrauen
zurückzuerobern, das allein eine wirkliche Gesundung Deutsch-
lands ermögliche.

Sozialistisches Kabinett in Thüringen.

Heute vormittag, 11 Uhr, wurde im Thüringer Landtag unter
scharfen Protesten aller bürgerlichen Parteien eine rein sozialistische
Regierung gebildet. Justizminister und Ministerpräsident wurde,
wie vorauszu sehen war, Freiherr von Brandenstein (SPD.),
Wirtschaftsminister Fröhlich (USP.), Finanzminister Hart-
mann (SPD.), Innenminister Hermann (USP.), Kultusminister
Joh. Grall-Oera werden.

In der ersten Sitzung des Freistaates Jume wurde zum ersten
Präsidenten Ricardo Zamella von der autonomistischen
Partei gewählt. In seiner Programmrede betonte er, daß Jume
der Verbindungspunkt zwischen Italien und Südspanien sei
und daß beide Staaten zueinander in freundschaftlichen Beziehungen
stehen müßten.

Sozialismus und Landwirtschaft.

Das Verhältnis zwischen Sozialismus und Landwirt-
schaft ist nicht nur ein wichtiges Problem der sozialistischen
Theorie; die richtige Einstellung in dieser Frage ist auch von
größter praktisch-politischer Bedeutung. Von ihr hängt die
Gewinnung der werktätigen Landbevölkerung für die Sozial-
demokratie ab, womit der politischen Reaktion ein für allemal
das Wasser abgegraben wäre. Außerdem aber ist der Wieder-
aufbau unserer Volkswirtschaft in hohem Maße bedingt von
der richtigen Erkenntnis und Durchführung der uns gestellten
agrarwirtschaftlichen Aufgaben. Wir müssen die Erträge un-
serer heimischen Bodenkultur rasch und stark steigern. Ohne
das ist die Ermöglichung einer zureichenden Volksernährung,
die Gesundung unserer Handelsbilanz, unseres Geldwesens,
unserer ganzen Volkswirtschaft unmöglich.

So kommt die Neubearbeitung des Davidischen
Agrarwerkes zur rechten Zeit. Das Buch ist zum ersten
Male vor nahezu 20 Jahren erschienen, damals als 1. Teil,
der die Betriebsfrage behandelte, dem ein zweiter, die Eigen-
tumsfrage behandelnder Teil folgen sollte. Die tagespolitische
Arbeit machte es dem Verfasser unmöglich, das Werk nach
diesem Plan durchzuführen. Nunmehr ist die Eigentumsfrage
als besonderes Kapitel eingearbeitet worden, so daß das in
allen Teilen neu durchgearbeitete Buch sich jetzt als fertiges
Ganzes dem Leser darbietet. Es behandelt gründlich, aber
auch gemeinverständlich den ganzen vielseitigen und ver-
wickelten Komplex von Einzelfragen, den die Agrarökonomie
uns theoretisch und praktisch stellt. Wer sich auf diesem Ge-
biet ein selbständiges Urteil bilden will, wird an dem Werk
nicht vorübergehen können. Er wird sich mit ihm auch dann
auseinandersehen müssen, wenn er anderer Auffassung ist als
der Verfasser.

David gibt zunächst einen geschichtlichen Ueber-
blick über die Behandlung des Agrarproblems in der sozia-
listischen Internationale unserer deutschen Sozialdemokratie.
Die Lehre von dem „naturnotwendigen Untergang des land-
wirtschaftlichen Kleinbetriebs“ beherrschte lange Zeit fast un-
bestritten die Geister. Die wirkliche Entwicklung aber ging
einen anderen Weg. Die Statistik der landwirtschaftlichen Be-
triebsentwicklung zeigte in Deutschland wie fast überall in der
Welt das gegenteilige Bild. Die Kleinbetriebe behaupteten
sich nicht nur, sie nahmen sogar vielfach an Zahl und Betriebs-
stärke auf Kosten der Großbetriebe zu. Von einer Kon-
zentration der Betriebe ist in der Landwirt-
schaft nirgends die Rede.

David untersucht die Gründe dieser Erscheinung. Er deckt
zunächst das grundverschiedene Wesen des eigentlichen Pro-
duktionsvorgangs in der gewerblichen Verarbeitung einer-
seits und der landwirtschaftlichen Erzeugung andererseits auf.
Während es sich dort um die rein mechanische Trennung oder
Zusammenfügung toter Stoffe handelt, steht hier ein organi-
scher Prozeß, ein biologischer Vorgang im Mittelpunkt der
Produktbildung. Von hier aus ergeben sich tiefgreifende
Unterschiede zwischen der industriellen (mechanischen) und
der landwirtschaftlichen (organischen) Produktion, die für
die ganze Produktions- und Betriebsentwicklung von bestim-
mender Bedeutung sind.

David zeigt dann Schritt für Schritt die eigenartige Ab-
wandlung, die die großen Etappen der Produktionsentwicklung
in der Sphäre der organischen Produktion erfahren. Die Wir-
kung der einfachen Kooperation, die Schranken der Mas-
schinerie werden eingehend untersucht. Dann folgt eine
Einführung in die eigentlich entscheidenden Gebiete des land-
wirtschaftlichen Betriebsfortschritts. Die Verbesserung
des Bodens und der Bodenbearbeitung, die
rationelle Pflanzenernährung, der enge innere Zu-
sammenhang zwischen Pflanzen- und Tier-
leben, die hohe Bedeutung der Sortenzüchtung und
Saatgutverbesserung, die Krankheits-, Un-
kraut- und Schädlingsbekämpfung, sowie die
Fortritte auf dem Gebiete der Viehzucht finden ihre
Behandlung.

Auf der Grundlage sehr eingehender betriebstechnischer
und wissenschaftlicher Feststellungen baut David dann die
volkswirtschaftlichen Teile seines Werkes auf. Zunächst widmet
er ein Kapitel den interessanten Zusammenhängen zwischen
dem Ernährungs- und Bevölkerungsproblem; die Mal-
thusische Lehre sowie das vielumstrittene Boden-
ertragsgesetz werden durchleuchtet. Sodann wird die
praktisch wichtige und hochaktuelle Frage der produktiven
Leistungsfähigkeit von Groß- und Klein-
betrieb aufgerollt. Die Wechselbeziehungen zwischen Klein-
betrieb und hoher Intensität werden aufgezeigt und mit
reichem statistischen Material erhärtet. Von da aus wird die
besondere Frage der Marktleistung von Groß- und

*) Sozialismus und Landwirtschaft. Von Dr.
Eduard David. Zweite umgearbeitete und vervollständigte
Ausgabe. 727 Seiten. Gebunden 56 M.; in Halbleinwand 72 M.
Verlag: Quelle und Meyer, Leipzig.

Kleinbetrieb gründlich erörtert. Das Problem einer rationellen Volksernährung, die Betrachtung der bevölkerungspolitischen Seite der Betriebsverfassung und die weltwirtschaftliche Beleuchtung unserer agrarwirtschaftlichen Lage schließen sich an.

So vorbereitet, wird der Leser dann in die der landwirtschaftlichen Entwicklung eigenen Sozialisierungstendenzen eingeführt. Nach David führt der Weg der Sozialisierung in der Landwirtschaft weder über die Landarbeiter-Produktgenossenschaft, noch über den staatlichen oder kommunalen Regiebetrieb, noch über die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion. Alle diese Formen mögen unter besonders gelagerten Verhältnissen begrenzte Existenzberechtigung haben. Den großen Zug der Entwicklung stellen sie nicht dar; dieser geht über die produzentengenosenschaftliche Organisation, wie wir sie in dem mächtig entwickelten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen überall vor uns sehen. Ihrem Wesen nach stellen diese Genossenschaften eine Verschmelzung des Assoziations mit dem individualistischen Wirtschaftsprinzip dar. Ihre Wirksamkeit geht von den Außenregionen des landwirtschaftlichen Betriebes (Weg der Betriebsmittel, Verarbeitung und Verwertung der Erzeugnisse) aus, greift aber dann auch fortschreitend in die eigentliche landwirtschaftliche Produktionsphase verbessernd ein und zielt schließlich auf die Durchorganisation der gesamten landwirtschaftlichen Produktion im Sinne höchster technischer und sozialer Zweckmäßigkeit. Die Brücke zum anderen Ufer wird geschlagen durch die Verbindung zwischen häuslicher Produzentorganisation und nichtlandwirtschaftlicher Verbraucherorganisation. Das geschlossene System einer rationell organisierten Volksernährung erscheint als Ziel dieser Entwicklung.

Von diesem Standpunkt aus empfiehlt David energische Förderung der Genossenschaftsbewegung. Auch die Siedlungsbewegung ist mit dem Genossenschaftsprinzip zu durchdringen. Die Neuschaffung bäuerlicher Familienwirtschaften als Glieder eines dichtmaschigen Genossenschaftsnetzes ist der gegebene Weg, die kapitalistische Menschen- und Bodenausbeutung in der Landwirtschaft zu überwinden und die Voraussetzungen für eine rationell organisierte dem Gesamtwohl dienende Boden- und Ernährungswirtschaft zu schaffen. Im Zusammenhang damit entwickelt David einen Plan zur raschen Verbreitung einer besseren Fachbildung in der Masse der Kleinbauern und zur allgemeinen Anwendung rationellen Düngers und bestangepassten Saatgutes zwecks schnellerer Steigerung der heimischen Bodenfruchtbarkeit.

Bei Behandlung der Eigentumsfrage gibt David einen Überblick über die seitherige Stellung der Sozialdemokratie zum Grundeigentum. Nicht die Vergeßlichkeit des Grund und Bodens schlechweg, sondern nur die Befestigung der kapitalistischen Eigentums- und Ausbeutungsformen sei programmatische Forderung des Sozialismus. Für die familienwirtschaftliche Kultivierung des Bodens aber habe das soziale Bodenrecht zu gelten, wie es in der Weimarer Verfassung und in der Siedlungs- und Heimstättenverfassung angebahnt wird.

Wir müssen uns mit dieser klärenden Skizzierung des überaus reichen Inhalts des David'schen Wertes begnügen, und können allen, die sich mit Agrar- und Ernährungspolitik zu befassen haben, nur empfehlen, das Buch selbst zu studieren.

Das alliierte Sachverständigenkomitee, das am 13. August vom Obersten Rat eingeleitet wurde, um eine Kontrollorganisation für die deutschen Ein- und Ausfuhrkontrollen zu errichten, hielt seine ersten Sitzungen am 1. und 4. Oktober seines ersten Sitzungen ab. Die deutschen Sachverständigen werden mit denen der Alliierten am 10. Oktober ihre Beratungen fortsetzen.

Braucht die Jugend eine Weltanschauung?

Von Alfred Wägler.

Nach den eintretenden Worten der neuen Sagenen des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands sollen seine Mitglieder „im Geist der sozialistischen Weltanschauung“ erzogen werden. Damit stellen sie sich auf ein Fundament, das sonderbarer Weise von breiten Kreisen der Partei abgelehnt wird. Diese Kreise verneinen die Frage, ob der Sozialismus „Weltanschauung“ sei, und wollen im Sozialismus (Marxismus) nicht eine in sich geschlossene Wissenschaft, sondern nur eine Methode sehen, und zwar eine wissenschaftlich orientierte und basierte Methode. Aber es ist irrig, den Marxismus theoretisch nur als „Methode“ und praktisch nur als ökonomische Bewegung anzusehen, und die Partei muß sich zu der Anerkennung durchringen, daß der Marxismus — das ist der wissenschaftliche Sozialismus der Gegenwart — nicht mehr und nicht weniger ist, als eine grandiose Weltanschauung ganz neuerartiger Geprägung, also ein selbständiges und klar umrissenes Gedankengebäude, das wie kein anderes die Menschen der modernen Zeit in den wahren Sinn des Lebens einzuführen vermag und diesem Leben erst den rechten Weg gibt.

Diese sozialistische Weltanschauung ist nicht — wie das irrtümlicherweise namentlich in den Kreisen der älteren Parteigenossen vielfach vertreten wird — nur das, was man den „historischen Materialismus“ oder die „materialistische Geschichtsauffassung“ zu nennen gewohnt ist, also die Meinung, daß die ökonomischen Verhältnisse allein die Gestaltung des gesellschaftlichen Daseins, der Kulturentwicklung bestimmen. In sich ist diese enge, einseitige materialistische Auffassung schon historisch falsch, denn nirgends hat Marx das bezeichnende Wortchen „allein“ gebraucht, sondern im Gegenteil, genau wie Engels ausdrücklich oft genug darauf hingewiesen, daß auch die geistigen Elemente innerhalb des Gesellschaftslebens eine Macht sind und gestaltende Kraft haben, und daß materielle und geistige Triebkräfte in Wechselwirkung das Dasein gestalten, wobei allerdings der entscheidende Druck allemal, wie die Geschichte tausendfach beweist, von den materiellen Elementen ausgeht wird, weil diese das stabilere, das massivere sind und sich mit elementarer Gewalt rücksichtslos durchzusetzen vermögen, wo der Geist noch Erweichungen usw. zugänglich ist. Wer also in den Diskussionen und der Presse der Jugendbewegung von einem „engstirnigen“ oder „oben“ oder „einseitigen“ Materialismus spricht, der kennt den wahren „Sinn des Sozialismus“ nicht und sollte sich zuerst einmal gründlich darüber orientieren.

Nach dieser klärenden Feststellung, die uns auf das schlüpfrige Feld eines sozialistischen Kardinalirrtums führte, muß es um so angenehmer berühren, daß das Statut der Arbeiterjugend so ungewöhnlich das Prinzip der sozialistischen Weltanschauung betont. Hier hat neben individueller Erkenntnis sicher ein glücklicher Allgemeininstinkt mitgewirkt, und es ist zu verstehen, daß — trotz aller Abwegigen und irrtümlichen Jungensprüche in der jungsozialistischen Diskussion — auch hier dieselbe Tendenz nach Durchbruch ringt. In den Klären Beiträgen wird die Ergründung wissenschaftlicher Erkenntnis zur Aufgabe gemacht, auf der „Magdeburger-Kinder Logung“ die Verlesung und geistige Entwicklung der sozialistischen Gedankenwelt sowie die Reinerhaltung der „Kulturidee des Sozialismus“ zum Prinzip erklärt, und an anderen Stellen heißt es: „Jungsozialismus ist Weltanschauung,

Ein Gesetz über Arbeitslosenversicherung.

Das Arbeitslosenproblem ist in der Nachkriegszeit in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Erörterungen gerückt und wird vermuthlich daraus nicht so rasch verschwinden. Heute gibt es in Deutschland nur noch eine Meinung, nämlich: daß den Arbeitslosen, die unverschuldet in ihre Notlage gekommen sind, aus öffentlichen Mitteln geholfen werden muß. Die gegenwärtige Form der Arbeitslosenunterstützung ist noch auf die Demobilisierungsbestimmungen zurückzuführen. Die Bestrebungen, die Erwerbslosenunterstützung zum Gegenstand der Sozialversicherung und zum Gegenstand eines besonderen Gesetzes zu machen, sind nun so weit gefördert, daß bereits ein Referentenentwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung festgelegt werden konnte. Dieser Gesetzesentwurf wird nun im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht. Es ist ein außerordentlich umfangreiches Werk, das genau 100 Paragraphen umfaßt. Das Wichtigste daraus sei wiedergeben:

Der erste Abschnitt behandelt den

Umfang der Versicherung.

Darauf wird für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert, wer auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit pflichtversichert ist. Versicherungsfrei sind die unständige Beschäftigten sowie die in Land- und Forstwirtschaft, als Hausgehilfen, im Wandergewerbe usw. Tätigen. Außerdem wird von der Versicherung nicht berührt, wer das 16. Lebensjahr noch nicht beendet hat, wer infolge körperlicher Behinderung weniger als ein Drittel des durchschnittlichen Einkommens bezieht und wer eine öffentliche oder Sozialrente bezieht, die täglich mindestens das Doppelte dessen beträgt, was an Arbeitslosenunterstützung bezahlt würde. Das Versicherungsverhältnis beginnt und endet nach den Vorschriften über die Krankenversicherung. Mit der Anmeldung zur Krankenversicherung gilt auch die Anmeldung zur Arbeitslosenversicherung als erfolgt. Entsprechendes gilt von der Abmeldung.

Im zweiten Abschnitt wird als

Gegenstand der Versicherung

bezeichnet: Arbeitslosenunterstützung, Versorgung Arbeitsloser für den Krankheitsfall und Kurzarbeiterunterstützung. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist. Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, Arbeit auch nach auswärts anzunehmen, bekommt für die ersten vier Wochen nach der Weigerung keine Arbeitslosenunterstützung; es sei denn, daß für die Arbeit kein angemessener Lohn gezahlt wird oder die nachgewiesene Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung, früheren Tätigkeit oder körperlichen Beschaffenheit nicht zugemutet werden kann, daß die Arbeit durch Zustand oder Ausbreitung freigegeben ist oder daß die Versorgung der Familie unzulänglich wird. Die gleiche Entziehung erlischt derjenige, der sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsausbildung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, die Aufnahme der Arbeit zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch besondere Kosten erwachsen. Ebenso bekommt vier Wochen lang keine Unterstützung, wer seine Arbeit ohne Grund freiwillig aufgibt. Durch Streik oder Aussperrung arbeitslos Gewordene haben erst Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von vier Wochen seit dem Abbruch des Lohnkampfes. Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung entsteht erst, wenn der Versicherte in den 24 Monaten vor Eintritt der Arbeitslosigkeit während 26 Wochen Beiträge geleistet hat. Wer in den letzten 24 Monaten bereits während insgesamt 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, hat keinen Anspruch mehr; es müssen erst abermals während 26 Wochen Beiträge geleistet werden.

Die Unterstützung besteht aus der Hauptunterstützung und den Familienzuschlägen für Angehörige, die einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch haben. Die

Höhe der Unterstützungssätze

wird vom Reichsarbeitsminister unter Zustimmung eines besonderen Reichstagsausschusses festgesetzt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Männern und Frauen, zwischen Arbeitslosen unter und über 21 Jahren und zwischen Ortsteuerungsklassen. Die Familienzuschläge dürfen das Zweifache der Hauptunterstützung nicht übersteigen. Die Gesamtunterstützung darf nicht höher sein, als $\frac{1}{2}$ des Arbeitsentgeltes, das der Arbeitslose zuletzt bezogen hat.

ist Lebensgesinnung, ist Lebensgestaltung“, oder „Wir müssen den Sozialismus zu neuem Leben erwecken“ — überall das Streben, sich nicht einer unklaren Gefühlsduselei oder einer schillernden Romantik hingeben, sondern zu jener praktischen Lebensweisheit oder weisen Lebenspraxis zu gelangen, die schließlich Endziel jeder Weltanschauung sein muß.

Arbeiterjugend und Jungsozialisten, soviel man auch auch mißverstanden hat, weil ihr auch oft unklar und unmissend ausgebrütet hat, wir fühlen, was ihr wollt, ihr seid auf dem richtigen Wege, indem ihr Sucher einer neuen Weltanschauung sein wollt, ohne die es ein vernunftgemäßes Leben nicht geben kann. Verloren ist es, einzubringen in den wahren Sinn des Sozialismus“, in die „Weltanschauung des Marxismus“ — und eine Welt ungedachter geistiger Reichtümer, gewaltiger ethischer Werte, forschendste Ideale wird sich euren Blicken auftun. Ihr braucht wirklich keinen „neuen Sozialismus“, kein neues sozialistisches Amerika zu entdecken, in dem zu einem großen Teil noch unberührten Schatzkammern des marxistischen Sozialismus findet ihr alles, wonach sich eure Seele sehnt. Suchet ihr, so werdet ihr finden und laßt vorläufig alle unsachlichen Phrasen beiseite. Die listigen Amerika zu entdecken, in den zu einem großen Teil noch unberührten Schatzkammern des marxistischen Sozialismus findet ihr alles, wonach sich eure Seele sehnt. Suchet ihr, so werdet ihr finden, und laßt vorläufig alle unsachlichen Phrasen beiseite. Die Schaden nur eurer guten Sache.

Arno-Holz-Abend. Im Künstlerhaus sprach gestern Eise Beyer aus der Bleichschmiede von Arno Holz. Der Dichter nennt die Bleichschmiede in seinem Vorwort „den nichtsmürbigsten aller Schmöder, die niederträchtigste aller Schwärzer“, der Literarhistoriker nennt sie eine satirische Zeitkomödie, und der Kritiker wünscht sich einen Hauch des Geistes eines Arno Holz, um ein Bild dieses Wertes malen zu können. Das spricht und glüht und lobert, das jauchzt und weint und zischt, das ist Uebermut, Wehmut, Verzweiflung, das wirbelt dich im Karussell des Lebens. Du vergißt, daß du im Vortragssaal sitzt, der Dichter hat dich in seinem Bann und zaubert dir tausend lebende Gestalten hin, er reißt dich mit durch die Länder, durch die Jahrbünder. Ein Dichter spricht. Und wenn er in seiner Jugend einmal gesagt hat: „Ich litt Jahre an der Luft, Berge zu machen. Und alles in der Welt drehte sich nur um das eine, von dem ich besessen war wie nur je ein mittelalterlicher Flagellant von seiner Böhneridee. Verse, Verse, Verse! Ich sah, lächelte und roch nur Verse.“ so merken wir, es ist heute noch ebenso. Ein übertragender Geist spricht eindringlich zu uns. Nichts und alles ist ihm heilig. Die Bleichschmiede ist ebenso ein Kontrollbuch für Boesen, in dem alle fellen Affenflinten der Dichterei verballhornt werden, wie eine Bibel für wahres Menschentum.

B. Reh sagt über Arno Holz: „An der nächsten Generation werden die Spähen es von den Dählern pfeifen, daß Holz die stärkste künstlerische Potenz seit Goethe vorstellte.“ Wir wünschen dem deutschen Volk, es möchte das schon jetzt merken. Für seinen Gedichtband „Buch der Zeit“ mit 450 Seiten hat er einst ganze 25 M. Honorar erhalten. Wenn der Silbnerling in Dresden dem „Volk der Dichter und Denker“ die Bleichschmiede jetzt in würdiger Ausstattung überreicht hat, so danken wir ihm dafür. Hoffentlich wissen die Deutschen, was sie einem Dichter schuldig sind.

Eise Bayers Vortrag war meisterlich. Sie trug nicht vor, sie erlebte und zog doch dabei alle Register gereiften Könnens.

Die Arbeitslosenunterstützung wird nach Ablauf von sieben Tagen nach der Anmeldung der Arbeitslosigkeit beim zuständigen Arbeitsnachweis gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung ist der Pfändung nicht unterworfen. Gelegentlichendienst des Arbeitslosen, der 10 Proz. der Gesamtunterstützung nicht übersteigt, wird nicht angerechnet. Der Mehrbetrag dieses Verdienstes über wird bis zu 60 Proz. angerechnet. Für die Tage, an denen der Arbeitslose die vorgeschriebene Meldung unterläßt, wird keine Unterstützung gezahlt.

Vollständig neu, aber begriffenwert ist, daß auch dem teilweisen Arbeitslosen, den sogenannten Kurzarbeitern, Unterstützung gewährt werden soll. Versicherungspflichtige Arbeitnehmer, die in einer Kalenderwoche infolge Arbeitsmangels verkürzt arbeiten müssen und Lohnfortzahlungen unterworfen sind, erhalten, sofern 50 Proz. des Wochenarbeitsverdienstes einschließlich des Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit den Wochenbetrag der Unterstützung bei gänzlicher Arbeitslosigkeit nicht erreichen, Kurzarbeiterunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages; jedoch darf Arbeitsverdienst und Unterstützung nicht höher sein, als der Betrag des Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit.

Ueber die Festsetzung und Auszahlung der Leistungen spricht der dritte Abschnitt. Danach werden die Leistungen aus Arbeitslosenversicherung auf Antrag des Versicherten des Arbeitsnachweises festgesetzt. Den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung hat der Arbeitslose bei dem Arbeitsnachweis zu stellen, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat. Den Antrag zur Kurzarbeiterunterstützung kann nur der Arbeitgeber oder die Betriebsvertretung stellen.

Ueber Maßnahmen zur

Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit

handelt der vierte Abschnitt. Die Arbeitslosigkeit soll in erster Linie durch Vermittlung vorhandener Arbeit verhütet und beendet werden. Zu diesem Zweck können dem Arbeitslosen vom Arbeitsnachweis Reiseflosten zum Ueberbleiben in einen anderen Ort, wo er erwerbsfähigen Beschäftigung erlangen kann, gewährt werden, wenn dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann, die Kosten zu übernehmen und Arbeit in nähergelegenen Orten nicht vorhanden ist. Die Reiseflostenentwässerung kann auch auf die Familienmitglieder des Arbeitslosen ausgedehnt werden. Siedelt der Arbeitslose allein nach einem anderen Arbeitsort über, so können die Familienzuschläge für die zurückbleibenden Angehörigen für die Dauer des Arbeitsverhältnisses ganz oder teilweise weitergewährt werden. Das gilt namentlich für unständige Arbeit. Hat der Empfänger der Arbeitslosenunterstützung eine Arbeit angenommen, in der er wegen mangelnder Fertigkeit den Normalverdienst erst später erreichen kann, so kann ihm bis zur Dauer von acht Wochen ein Zuschuß zum Arbeitsentgelt gewährt werden. Arbeitsentgelt und Zuschuß dürfen weder die Höhe des vollen Verdienstes noch $\frac{1}{2}$ der zuletzt bezahlten Arbeitslosenunterstützung übersteigen.

Die

Aufbringung der Mittel.

von denen der fünfte Abschnitt handelt, soll zu $\frac{1}{2}$ durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und im übrigen durch Zuschüsse des Reichs, der Länder und Gemeinden erfolgen. Die Beiträge werden vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung eines Reichstagsausschusses halbjährlich festgesetzt. Die Verteilung der Beitragslast auf die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat der Aufbringung der Hauptunterstützung und der Gefahr der Arbeitslosigkeit im Beruf zu entsprechen (Abstufungen nach dem Risiko). Die Beiträge werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte getragen. Der Arbeitgeber hat die Beiträge für den Arbeitnehmer an die zuständige Krankenkasse einzuzahlen. Von dem Aufwand der Versicherung werden aus öffentlichen Mitteln aufgebracht: $\frac{1}{3}$ durch das Reich, $\frac{1}{3}$ durch die Länder, $\frac{1}{3}$ durch die Gemeinden. In besonderen Fällen können den Ländern und den Gemeinden aus Reichsmitteln besondere Beihilfen für ihre Lasten gewährt werden.

Der letzte und sechste Abschnitt enthält die allgemeinen Uebergangs- und Strafbestimmungen. Darin ist besonders wichtig die Betonung, daß die Leistungen aus diesem Gesetz nicht als öffentliche Armenunterstützung angesehen werden dürfen. — Verstöße gegen die Vorschriften können Strafen bis zum dreifachen Betrage der täglichen Unterstützung nach sich ziehen. Arbeitgeber, die einbehaltene Beträge der berechtigten Kasse vorläufig vorenthalten, werden mit Geldstrafe bis zu 3000 M. bedroht. Auch kann auf Gefängnis und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Balkanoff im Deutschen Opernhaus. Welch ein Meister der Bühne, Welch ein Sänger und Mensch! Der Herr des „Rigoletto“ wandelt sich in Scarpia, und die Dämonie des Wüsten, starren, sabbatisch herzenden Kavalliers hämmert Worte, Gesten, Situationen wie neu in unser Gedächtnis. So grandios sind die Spielmannen dieses Phänomens, daß das Urteil über das Tosca-Werk revidiert werden muß. Borgefieren, in landsüßig bürgerlicher Atmosphäre, dominierte die Kinotechnik (französisch-italienischen Ursprungs, gestern, eine wegwerfende Handbewegung, die mit Schloß und Leben Fangball spielt, ein tierisches Aufbegehren und ein flehendes Aufstehen beim quatschen Unterlegen des Weibes — ein mahnender Schreden, ein drohend aufgelegtes Wahrzeichen der Gewalt, des Despotismus, des Niederhaltens, eine jener Rieseneichen, die nur ein revolutionärer Sturm weglegen kann. So gewinnt die Epifode des Cavaradossi und aller Engelburgsgefangenen symptomatische Bedeutung. Die Verbesserung aller epöischen Sätze muß notwendig im Fluß und in Nord untergehen. Balkanoff spielt den Scarpia mit der rechten, ganz überlegenen schauspielerischen Kunst, die ein Körper hergeben kann. Den Vorteil italienischer Sprache auszunutzen, strömt seine Stimme Wohlklang aus, auch wenn die Szene einmal ein Brüllen, ein scharfes Sprechen, ein Fauchen herausfordert. Wo in Deutschland lebt einer, der diese Spiel- und Singspiel schaffte? Rußland schickt uns fürwahr seltene Gäste.

Laubenthal's Cavaradossi ist seine beste Rolle, und Frau Saipatini ist bei weitem stärker, freier, elementarer geworden. Leiter der Aufführung war Waghalter, der die Wirkungen herausholt, wo immer sie zu finden sind.

Der amerikanische Weihnachtsmann. Die „Santa Claus Gesellschaft“ in Amerika, die ihren Namen von „Santa Claus“ hat, wie man dort den Nikolaus nennt, trifft bereits ihre Vorbereitungen für das Weihnachtsfest. Die 1913 gegründete Vereinigung hat sich zum Ziel gemacht, die vielen Kinderbriefe, die alljährlich an den Weihnachtsmann geschrieben werden, nicht unter die unbestehbaren Postfächer gelangen zu lassen, sondern dazu beizutragen, daß die Wünsche der kindlichen Briefschreiber sich nach Möglichkeit erfüllen. Die Gesellschaft sammelt daher diese Briefe und läßt durch freiwillige Helfer ihre Abfender feststellen. Alle Schreiben, die von armen Kindern herrühren, werden dann an Personen weitergegeben, die bereit sind, den heiligen Nikolaus zu spielen. Die Gesellschaft rühmt sich, die größte Weihnachtsgabenorganisation der Welt zu sein. Im letzten Jahr sind in New York 30 000 solcher kindlicher Schriftstücke durch ihre Hände gegangen; an 5800 Familien mit durchschnittlich drei Kindern sind ungefähr 70 000 Dollars verteilt worden.

Georg Treu, der bekannte Archäologe und frühere langjährige Direktor der Dresdener Skulpturensammlung, ist im Alter von 78 Jahren im Weihen Hirsch bei Dresden gestorben. Sein Name ist mit den Ausgrabungen in Olympia verknüpft, deren Leitung er 1877 übernommen hatte. Das größere Publikum kennt ihn aus seinen Werken über Myklinger und Mycener. Durch die im Jahre 1884 erschienene Schrift „Sollen wir unferne Statuen bemalen?“ hat Treu die Aufmerksamkeit der deutschen Bildhauer auf das Problem der farbigen Plastik gelenkt und namentlich Ringers Schaffen beeinflusst.

Es handelt sich bei vorliegendem Gesetzentwurf lediglich um die vorbereitende Arbeit eines Referenten, die dem Arbeitsminister zur Genehmigung vorzulegen ist, bevor sie das Reichskabinett passiert und sodann an die gesetzgebenden Körperschaften gelangt. Der Entwurf wird von den Vertretern der Arbeiterkassen einer gründlichen Kontrolle unterzogen werden müssen, ehe er die Parlamente verläßt und Rechtskraft erlangt. Ohne uns im Augenblick auf eine Kritik des Entwurfs einzulassen, sei folgendes bemerkt: Die Bestimmungen, wonach solche Erwerbslose, die während der letzten zwei Jahre 26 Wochen hindurch Unterstützung erhielten, erst abermals 26 Wochen Beiträge zahlen müssen, um aufs neue unterstützt zu werden, enthält eine außerordentliche Härte. Bei der künftigen Beratung wird der Gesichtspunkt des Arbeiterkassen keinen Augenblick außer acht gelassen werden dürfen.

Ende des bayerischen Ausnahmezustandes.

München, 6. Oktober. (WZ.) Amlich wird nunmehr durch das Gesamtministerium die Verordnung veröffentlicht, wonach gemäß den Vereinbarungen mit der Reichsregierung der Ausnahmezustand in Bayern mit dem 15. Oktober aufgehoben wird. Die Bestimmungen über die bayerischen Volksgerichte bleiben unberührt.

Dominicus hilft.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die bürgerlichen Gemeindevertreter von Eichwalde, Kreis Teltow, warteten schon seit März 1919 auf den Augenblick, wo sie die sozialistische Mehrheit im Gemeinderat besitzend hätten. Nachdem der Gemeindevorsteher, Genosse Patsche, in Scheuditz als Bürgermeister gewählt worden war, hielten die Herren den Augenblick für gekommen. Sie stellten den Antrag, eine Neuwahl des Gemeindevorstehers nicht eher vorzunehmen, bis der Landtag die neue Landgemeindeordnung geschaffen habe und nach dieser Landgemeindeordnung die Gemeindevorsteher neu gewählt worden seien. Bis zu dieser Zeit sollte der dienstälteste Schöffe das Amt als Gemeindevorsteher ausüben. Unsere Genossen betonten, daß die Neuwahl mindestens noch ein Jahr auf sich warten lassen würden, und so lange könnte die Gemeinde nicht ohne Gemeindevorsteher sein; mit Hilfe der USP. und SPD. wurde beschlossen, die Neuwahl am 11. Juni vorzunehmen. Kaum war der Beschluß gefaßt, so zog einer der bürgerlichen eine schriftliche Erklärung aus der Tasche, monach sämtliche bürgerlichen Vertreter sowie deren Ehefrauen ihrer Ämter niederlegten. Am 11. Juni wählten die sieben sozialistischen Gemeindevorsteher trotzdem den Genossen Buchat von Bohndorf als Gemeindevorsteher. Der Genosse Buchat wurde vom Landrat nicht bestätigt, da nach seiner Auffassung der alte Gemeindevorsteher, der Genosse Patsche, nicht mehr dem Gemeinderat angehörte und deshalb an der Wahl nicht hätte teilnehmen dürfen. Dieser Auffassung schloß sich das Ministerium des Innern an und löste den Gemeinderat in Eichwalde auf, weil eine Mehrheit nicht mehr vorhanden sei. Diese Begünstigung der bürgerlichen Minderheit wollen unsere Genossen nicht dulden; sie haben deshalb im Landtag folgende Anfrage eingebracht:

Durch Verordnung vom 2. September d. J. hat das Staatsministerium die Gemeindevertretung der Landgemeinde Eichwalde im Kreise Teltow aufgelöst, trotzdem durch die Niederlegung der Mandate seitens der fünf bürgerlichen Gemeindevorsteher und deren Ehefrauen der Gemeinderat nicht beschlußunfähig geworden war.

Der Einwand, daß der Gemeindevorsteher Patsche in Scheuditz bei Leipzig als Bürgermeister gewählt und eingeführt war, war, und deshalb am 11. Juni, als der neue Gemeindevorsteher in Eichwalde gewählt wurde, dem Gemeinderat nicht mehr angehörte, ist gesetzlich nicht haltbar, denn Patsche war in Eichwalde ehrenamtlich als Gemeindevorsteher tätig, hat bis zum 15. Juni in der Gemeinde Eichwalde gewohnt und hatte sein Amt in Scheuditz noch nicht angetreten.

Es erweckt den Anschein, als wenn das Staatsministerium einseitig, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, das Vorgehen der bürgerlichen Minderheit, die ohne besonderen Anlaß ihre Mandate niederlegte, billigt und durch die Auflösung der Gemeindevertretung diesen bürgerlichen Vertretern zu Hilfe kommen will.

Ist das Staatsministerium bereit, Auskunft zu geben, ob eine solche Schlußfolgerung richtig, oder welche sonstigen Gründe das Staatsministerium veranlaßt haben, die Auflösung der Eichwalder Gemeindevertretung vorzunehmen?

Berlin, den 1. Oktober 1919.

Haas Schollch (Breslau) und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei.

Groß-Berlin

Das rote Netz.

„Von roten Ketten macht uns frei die Deutsche Volkspartei“ schrien vor wenigen Monaten auffällige Plakate, die an den Anschlagssäulen Berlins prangten, und viele rote Ketten waren auf ihnen zur Darstellung gebracht. Die Wochen verrannen und auch die Monate, aber die roten Ketten hielten, so sehr man sich auch mühte, sie zu brechen. Das rote Berlin begann trotz aller Hemmungen, die die Kettenprenger mit heißem Bemühen aufstürmten, trotz aller sonstigen Schwierigkeiten, Fortschritte zu machen.

Die ersten Erfolge konnten gebucht werden, überall regte sich neues Leben. Die jungen Arbeiterkräfte in der Verwaltung, die frei vom Dogma, aber mit großer Verantwortlichkeit schafften, zeigten sich ihrer neuen Aufgabe vollkommen gewachsen. Die roten Ketten zogen fester an: Das war den Kettenprengern zuviel. Die Roten durften nicht den Beweis ihrer Tüchtigkeit erbringen. Gelang es nicht durch Verleumdung allein die rote Verwaltung beim Volke verächtlich zu machen, so mußten andere Mittel gefunden werden. Und plötzlich kam ihnen die Erleuchtung: Wozu hatte man denn die Luft, wozu gab es denn herrliche „formale Versätze“? Mit der Spitzfindigkeit und Demagogie, die einem Rephista Ehre gemacht hätte, betrieb die Kettenprenger die Auflösung des Stadtparlamentes. Der Anschlag gelang. Neuwahlen mußten stattfinden. Und dabei rechneten sie so: „Wir, die Volksparteiler, sind immer Gegner des Wahlrechts der großen Masse gewesen, aber wir haben uns auf den Boden der Tatsachen gestellt. Jedes Ding, das im Uebermaß genossen wird, verliert an Wert, erregt Mißgunst und Widerwillen. Wenden wir uns also nicht gegen die Wahlen, sondern versuchen wir sozial Wahlen herbeizuführen, daß das Wählen zuletzt zur Dual wird. Je mehr Wahlen ausgeschrieben werden, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß dem och so unpolitischen Volke das Wählen ganz und gar verleidet wird. Die Arbeiterwähler werden in großen Mengen dahelm bleiben und den bürgerlichen Anhang würde man schon an die Wahlurne bekommen. Dann aber ist das rote Berlin erledigt, dann sind die Kettenprenger Herren im Hause.“

Auf den neuesten Plakaten zeigen sie keine Ketten mehr, sondern nur noch zarte feine Spinnfäden, die zu einem Netz verknüpft

sind, in deren Mitte eine dicke fette Kreuzspinne sitzt. Sicherlich rechnet die Gesellschaft mit dem Abscheu des Beschauers vor diesen Tieren. Sie hoffen, den Wählern durch solche Mägen die Wahl von Sozialdemokraten zu verleiden. Und doch liegt, wenn auch ungewollt, in diesen Plakaten eine Anerkennung für uns. Die Spinne ist nämlich ein äußerst geschicktes Tier. Ihre Netze sind technisch richtig gebaut, sie entsprechen allen Anforderungen der Technik. Wenn jede Verwaltung so einwandfrei gebaut ist, wie das Netz einer Spinne, wenn ihre Fäden den ganzen Verwaltungskörper so leicht und fast unsichtbar und doch so logisch durchziehen würde, können wir zufrieden sein. Und noch eins! In solchen Netzen fängt sich vieles Ungeziefer. . .

Der Nichtwähler „Automat“.

Im „Berl. Tagebl.“ erinnert der demokratische Stadtverordnete Dr. Michaelis daran, daß bei den Stadtverordnetenwahlen von 1920 die Zahl der Wahlberechtigten sich auf 2 554 147 belief, aber nur 1 645 241 zur Wahl kamen. Anders er das Heer der 908 908 Nichtwähler größtenteils für die bürgerlichen Parteien in Anspruch nimmt, behauptet er, die sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Reichstag sei nur durch das Verlegen der nichtsozialistischen Wählermassen zustande gebracht worden. Er weist auf die „politische Indolenz und Indifferenz“ dieser Kreise hin, fordert eine wesentlich stärkere Beteiligung als im vorigen Jahr und empfiehlt den Nichtwählern seine demokratische Partei, die bei anderer Zusammensetzung der neuen Stadtverordnetenversammlung den „Kern einer Koalition der Mitte“ bilden werde. Ausgerechnet die zwerge- und greisenhafte Fraktion der Demokraten will der Kristallisationspunkt sein, um die der von ihnen erstrebte Block sich gruppieren soll. Michaelis meint, wenn auch nur die Hälfte der Nichtwähler zur Wahl geht, werde „automatisch“ die heutige Mehrheit sich in eine Minderheit verwandeln. Unsere Genossinnen und Genossen werden dafür zu sorgen haben, daß dieser „Automat“ versagt. Mögen sie die Nichtwähler aufklären über die Gefahren einer bürgerlichen Mehrheit und über die Notwendigkeit, für die Sozialdemokratie zu stimmen.

Mehr Unterstützung für Erwerbslose.

Die in der Stadtverordnetenversammlung von der linken Seite als notwendig erklärte Aufbesserung der Erwerbslosenunterstützung soll nach dem Antrag des ständigen Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge im einzelnen folgende Unterstützungsföhe bringen. Die Unterstützung soll steigen: bei unter 21 Jahre alten Personen, für männliche von 7,25 M. auf 10,25 M., für weibliche von 4,75 M. auf 7,75 M.; bei über 21 Jahre alten Personen, sofern sie im Haushalt eines andern leben, für männliche von 10 M. auf 14 M., für weibliche von 7,25 M. auf 10,25 M.; sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, für männliche von 12 M. auf 16 M., für weibliche von 10 M. auf 16 M. Steigen soll ferner der Familienzuschlag: für den Ehegatten von 5 M. auf 7 M., für jedes Kind und jeden sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen von 4,25 M. auf 6,25 M. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bei den Reichs- und Staatsbehörden diese Erhöhung zu beantragen.

Gattenmordprozeß Hemberger.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung wird nochmals kurz in die Vernehmung der Frau Dr. Hemberger eingetreten. Die Angeklagte bekennt und legt einen diesbezüglichen schriftlichen Vertrag vor, daß Dr. Hemberger, um seine Wohnungseinrichtung dem Zugriff seiner Gläubiger zu entziehen, diese seiner Frau ordnungsmäßig verkauft und lediglich das Benutzungsrecht hatte. Auf Anraten des Prozehe habe sie nach dem Fortgange von ihrem Manne die sämtlichen Möbel sofort verkaufen wollen. Auf Vorhalt des Vorstehenden bekennt die Angeklagte weiter, daß sie in Begleitung der Zierlein (Frau Weife) die Anschläge an den Tischfüßen gelesen habe, in welchen eine Belohnung von 3000 Mark für denjenigen ausgedehnt, der nähere Angaben über den im Kanal gefundenen männlichen Kumpf machen könne. Sie habe dabei geäußert, daß hoffentlich die Schürze, in die der Kumpf eingnäht war, nicht zum Verräter würde, da die Aufwärterin die Schürze genau kenne. Hierauf wird die gestern abgebrochene

Vernehmung des Angeklagten Prozehe

fortgesetzt. Er bekennt, daß er auf Veranlassung der Frau Dr. Hemberger mit dem damaligen Fräulein Zierlein zu deren Eltern nach Brandenburg gefahren sei, um zu verhindern, daß die Zierlein aus der Schule plaudere. Der Vorstehende hält ihm vor, daß er bei dieser Gelegenheit einen fingierten Anstellungsvertrag geschlossen habe, nach dem ein Dr. Schworz auf Veranlassung „seines Assistenten Prozehe“ die Zierlein als Empfangsbedame engagierte. Prozehe erklärt hierzu, daß er diesen Schwindel in erster Linie verübt habe, um der Z. eine Bekanntschaft zu machen und zu erreichen, daß sie ihm volles Vertrauen schenke. Wie er zu dieser Sache gekommen sei, könne er heute nicht mehr sagen, da er infolge der Tat mit seinen Nerven so heruntergekommen sei, daß er fürchtete, jeden Augenblick zusammenzubrechen. Als er von Brandenburg an die Frau Dr. einen Brief schrieb und um Geld bat, habe diese ihm einen nichtsnutigen Antwortbrief geschrieben, in dem sie erklärte, sie müsse für sich selbst sorgen und könne ihm nichts schicken. Nach Berlin zurückgekehrt, habe er seine Papiere von der Frau Dr. Hemberger zurückfordern wollen. Bei dieser Gelegenheit zeigte mir — so erklärt Prozehe weiter — Frau Dr. eine Postkarte aus Grünau, nach der dort eine Leiche gefunden sei, die Ähnlichkeit mit ihrem als vermißt gemeldeten Manne hatte. Sie gab mir das Fahrgeld und sagte, ich solle nach Grünau fahren, mir die Leiche ansehen und erklären, es sei nach meiner Ueberzeugung die Leiche des Dr. Hemberger. Als der Vorstehende auf die Auffindung des Kumpfes zu sprechen kommt und dem Prozehe die Photographie des Kumpfes zeigen lassen will, wehrt Prozehe mit entsetztem Gesicht ab und ruft:

Ich will das gar nicht sehen.

Ich kenne die Photographie!

Die weitere Vernehmung Prozehes bezieht sich dann auf einen Erpressungsversuch an einem Herrn Böhner, der sich Prozehe lehnerteit aus Mitleid angenommen hatte. Prozehe sagt aus, er habe das getan, um in den Besitz von Morphium zu gelangen, da er Morphionist sei. Vorl.: Sie haben zu jener Zeit ein schriftliches Geständnis ausgefertigt? Prozehe: Ich habe mehrere solche Geständnisse abgefertigt. Ich befand mich in einer bezarrenden feistlichen Depression, da das fürchterliche Geheimnis auf mir lastete, daß ich meinem Leben ein Ende machen wollte. Ich schrieb den Sachverhalt genau auf und trug dieses Geständnis stets bei mir. Auf Vorhalt des Vorstehenden, was er bis zu seiner Verhaftung gemacht habe, erzählt Prozehe, daß er mit einem „Dr. Harberger“ in Frankfurt a. M. gewesen sei. Dort habe er den Verdacht geschöpft, daß dieser ein Berber der Fremdenlegation sei. Er will dann geflüchtet und nach Höchst a. M. gekommen sein. Während er heute erklärt, daß er dort harmlos gearbeitet habe, hat er früher eine phantastische Räubergeschichte erlunden. Prozehe erklärt, daß er unter dem Einfluß der durch die Tat hervorgerufenen feistlichen Depression irgendetwas Dinge erlunden und schließlich an diese selbst geglaubt habe. — Landgerichtsdirektor Dr. Zierlein hält dem Angeklagten schließlich noch vor, daß er auf allen möglichen Umwegen schließlich nach Breslau gekommen sei, ohne zu wissen, daß seine Frau inzwischen die Selbsttötung bei der Postzeit abgeleitet hatte. Er sei dann an demselben Tage verhaftet worden. — In dem zur Verlesung gedruckten

schriftlichen Geständnis

spricht Prozehe in einem Vorwort die Bitte aus, man möge dafür sorgen, daß seiner Frau mit ihrem Kinde die Belohnung von 5000 M. ausbezahlt werde, damit er wenigstens diese, die ihm das Liebest auf der Welt seien, nicht mittellos zurücklasse. Prozehe schließt sodann die Tat in allen Einzelheiten.

„Boll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Nach zwei Jahren als tot festgestellt. Die Ermittlungen zur Aufklärung der von dem Zuförder Großmann verübten Verbrechen haben zur Ermittlung einer ganzen Reihe von Mädchen und Frauen geführt, die bis dahin als vermißt galten und deren Aufenthalt bisher unbekannt war. Auch verschiedene Leichen von Mädchen und Frauen, deren Persönlichkeiten bisher nicht hatten festgestellt werden können, sind durch die Nachforschungen in der Nordische Großmann rekonstruiert worden. So war u. a. auch eine 1883 geborene Frau Käthe Benkmann seit dem April 1919 spurlos verschwunden. Es wurde nunmehr einwandfrei festgestellt, daß die seit mehr als zwei Jahren unbekannt Tote die verschwandene Frau Benkmann ist. Diese hatte sich nach ihrem Entfernen aus der gemeinschaftlichen Wohnung ins Wasser gestürzt und wurde wenige Tage darauf als Leiche gebadet.

„Wie bringt mein Garten mit Freude und Ruhm?“ wird die Gartenzeitschrift behandelt, die Gartendirektor Ludwig Zeller als Dozent der Humboldt-Hochschule vom 10. Oktober ab in Berlin, Friedrichstraße 120, 7-8^{1/2}, Uhr abends, abhalten wird.

Am 22. und 23. Oktober veranstaltet die Landesgruppe der Sozialdemokratischen Partei in der Provinz eine Sozialausstellung, für die bereits eine größere Anzahl von Preisen gestiftet ist. Die Ausstellung verdient um so mehr Aufmerksamkeit, als es das erste Mal ist, daß in der Reichshauptstadt die Vorkriegs- und die Nachkriegs- und die wenig bekannte vorläufige Volkshandels- die Nischenanleger, in größerer Anzahl zu sehen sind.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter, nachts wieder kühl, in den Mittagsstunden sehr mild bei mäßigen südlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Tischlerstreik dauert fort.

In zwei überfüllten Versammlungen in den „Kammerfäden“ haben die streikenden Holzarbeiter heute früh den Schiedspruch des Assessors Körner einstimmig abgelehnt. Wenn es sich nur um den Lohn gehandelt hätte, dann hätten sich die Streikenden schließlich damit abgefunden, aber sie führen den Kampf um den Reichsmantelvertrag. Aus diesem Vertrag hat der Schiedspruch alle Kosten herausgeholt, wie es die Arbeitgeber unter der Führung des Obermeisters Boeth wollen. Deren Wünsche sind in dem Schiedspruch ausschließlich berücksichtigt. Die Berliner Holzarbeiter verlangen als Mindestmaß die Arbeitsbedingungen, welche ihre Kollegen in ganz Deutschland haben. Das haben die streikenden Holzarbeiter mit starkem Beifall erneut zum Ausdruck gebracht. Trotz der Not, in der sie sich in dem nunmehr schwebenden Streit befinden, werden sie im Streit ausharren, bis ihre Forderungen bewilligt sind.

Teuerungszulage der Innungsschmiede.

Eine Vollversammlung der in den Groß-Berliner Innungsbetrieben beschäftigten Schmiede am Donnerstag in Börsers Feldsälen nahm den Bericht von Steppn (Mitgeteilt) und Winter vom Gesellenausschuß über die letzten Verhandlungen mit der Schmiedevereinigung entgegen. Gefordert war eine Teuerungszulage von 1 M. pro Stunde auf die bestehenden Löhne. Der Innungsvorstand erklärte von vornherein die von den Gesellenvertretern näher formulierte Forderung für unannehmbar und lehnte auch eine neue Formulierung ab, die für Schürmeister einen Stundenlohn von 8 M. und für die übrigen drei Gruppen die übliche Abstufung nach unten vorschlug. Der Innungsvorstand mochte dann das Angebot, auf die Tariflöhne zugunsten der schon früher zustandenen Teuerungszulage von 50 Pf. von neuem 50 Pf. pro Stunde zuzulegen und das Ganze als neuen Tarifgrundlohn festzusetzen. Danach sollen pro Stunde bekommen: Schürmeister 7,70 M., Beschäftigte 7,20 M., Stod- und Beschlaggefellern 6,50 M. und Stodgefellen 6 M. Ferner verlangten die Meister die Aufnahme einer neuen Gruppe der Innungsgelernten, die nur 6 M. erhalten sollten. Die Vertreter der Gesellen verweigerten mit aller Energie die Schaffung der neuen fünften Gruppe zu verhindern, da der Ausgelernte ebensowenig mit 6 M. pro Stunde leben und sich kleiden könne wie ein anderer. Auch versuchte man die Meister zu bewegen, dem zugestimmen, daß die Zulage von 50 Pf. auf jeden bereits gezahlten Lohn entfalle, daß sie also auch jeder Geselle voll erhalte, der schon bisher mehr als den Tariflohn erhielt. Der Innungsvorstand und die Generalversammlung der Innung lehnten dies ab und beharrten auf Schaffung der Gruppe der Innungsgelernten.

In der Diskussion trat ein starker Unwille über das geringe Angebot zutage und ganz besonders auch über die angeforderte Schaffung einer fünften Lohngruppe. Es wurde erklärt, falls man jetzt wirklich dem zustimme, müßte alles geschehen, um diese Gruppe bei günstiger Gelegenheit wieder aus dem Tarif zu befreien. Aus den Verhandlungen teilte Winter mit, daß der Schmiedemeister Müller auf den Hinweis, die Arbeiter bekämen vielfach mehr als die Schmiede, gesagt habe, einen künftigen Ausfall schähe er höher als den Schmiedebesessenen. Diese Vernehmung wurde von verschiedenen Rednern scharf verurteilt.

Auf Vorschlag aus der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, das Ergebnis der Verhandlung zwar anzunehmen als eine neue tarifliche Regelung der Löhne, den Gesellenausschuß aber zu beauftragen, sofort wieder wegen einer neuen Teuerungszulage in Verhandlung zu treten.

Im Laufe der Diskussion war außerdem angeregt worden, jeder Geselle, der schon mehr als den alten Tariflohn erhalte, möge für sich darauf dringen, daß auch er 50 Pf. mehr erhalte wie bisher.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hält Montag abend 6 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 (weiliger Saal), eine Plenarversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses. 2. Steuerfrage. Referent Genosse Dr. Hüfner. 3. Volksfürsorge. Referent Genosse Bohmeyer. 4. Dilettanten im Musikgewerbe. Referent Genosse Gallas. Wir bitten um bestimmtes und pünktliches Erscheinen. Diese Einladung gilt als Legitimation, ohne dieselbe kein Zutritt.

In der hiesigen Papierindustrie kam es zu einer Einigung. Streik und Aussperrung wurden aufgehoben und die Arbeit sofort wieder aufgenommen.

In der höchsten Industrie wird heute über die zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband vereinbarten Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit eine Abstimmung vorgenommen.

Der Streik in Nordfrankreich geht weiter, da die Verhandlungen vor dem Arbeitsminister gescheitert sind. Dieser schlug vor, die Stundenlöhne um 10 Proz. anstatt um 20 Proz. zu kürzen, was von beiden Parteien abgelehnt wurde.

Verbandsrat - Verband. Fachgruppe 29 (Polemikschreibenabteilung). Montag 7 Uhr im Saal Schillerstr. 21. Tagesordnung: 1. Mitgliederversammlung. Vortrag über Tarifbewegung.

Gewerkschaftskongress. Montag 7^{1/2} Uhr Sitzung bei Gimm.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wolff, Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8.

